

VDMA

Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau

Der **Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V. (VDMA)** ist der Lobbyverband deutscher Maschinen- und Anlagenbauer.

Mit rund 3.500 Mitgliedern und jährlichen Lobbyausgaben von über 4 Millionen Euro ist der VDMA die größte Netzwerkorganisation und wichtiges Sprachrohr des Maschinenbaus in Deutschland und Europa.

Der VDMA beschäftigt weltweit ca. 500 Mitarbeiter. Der Hauptsitz des Verbandes ist Frankfurt. Darüber hinaus unterhält der VDMA Büros in einigen Bundesländern sowie mehrere Auslandsbüros, darunter das European Office in Brüssel.

Der Verband steht politisch für *"Wettbewerb, Eigenverantwortung und offene Märkte"*.^[1] Unter dieser politischen Leitlinie betreibt der Verband Lobbyarbeit zu Themen, wie z.B. Lieferkettengesetzen, Freihandelsabkommen und Energiepolitik.^[2]



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der Industrie für Maschinen- und Anlagenbau

Gründungsdatum 1892

Hauptsitz Frankfurt a.M.

Lobbybüro

Lobbybüro EU Boulevard A. Reyers 80, 1030 Bruxelles

EU

Webadress www.vdma.org

e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Zahlen und Fakten	2
1.2 Mitgliedschaften	2
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	2
3 Fallbeispiele und Kritik	3
3.1 2020-2022: Lobbyarbeit gegen das Lieferkettengesetz	3
3.2 Wissenschaftslobbyismus	4
4 Geschichte	4
5 Weiterführende Informationen	4
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
7 Einzelnachweise	4

Lobbystrategien und Einfluss

Der VDMA pflegt enge Beziehungen in die deutsche und europäische Politik. Etwa über [Seitenwechsler](#) wie Andreas Stade, der 2012 von seiner Position als Büroleiter von Renate Künast (der damaligen Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen) zum VDMA wechselte und dort bis 2021 Hauptgeschäftsführer des Berliner Hauptstadtbüros war.^[3]

Zahlen und Fakten

Bundesrepublik Deutschland

- **Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:** 141-150
- **Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung** (Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21): 4.720.001 bis 4.730.000 Euro ^[4]
- Selbstbeschreibung der Rolle des Hauptstadtbüros^[5]:

"Für den VDMA ist die Vertretung der politischen Interessen seiner Mitglieder eine Kernleistung. Das Hauptstadtbüro versteht sich als Vermittler nicht nur für die Interessen unserer Mitglieder, sondern auch für Kontakte der Politik in die Unternehmen."

Europäische Union

- **Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:** 44
- **Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung** (Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21): 3,500,000€- 3,999,999€^[2]

Mitgliedschaften

Der VDMA ist in zahlreichen deutschen/europäischen und internationalen Verbänden Mitglied. Die wichtigsten hiervon sind:

- [Bundesverband der deutschen Industrie](#)
- [Orgalim](#)
- [CECE](#)
- [CEMA](#)
- [CECIP](#)

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Der Maschinen- und Anlagenbau steht für ein europäisches Umsatzvolumen von rund 800 Milliarden Euro. In Deutschland beträgt der Umsatz im Maschinen- und Anlagenbau 221,3 Milliarden Euro (2021). Der Wert der Maschinenproduktion in Deutschland beträgt etwa 216 Milliarden Euro (2021), dabei ist der Maschinen- und Anlagenbau in Deutschland stark exportorientiert (Exportquote 82 Prozent; 2021).^[6]

Der VDMA ist ein eingetragener Verein mit Sitz in Frankfurt am Main unter dessen Dach 6 Landesverbände, 7 Auslandsrepräsentanzen sowie 36 Fachverbände organisiert sind.

Die strategische Ausrichtung und operative Führung des VDMA obliegt der Hauptgeschäftsführung. An der Spitze des Verbands steht ein Präsidium bestehend aus drei gewählten Unternehmensvertretern. Der Präsident wird einmalig für vier Jahre gewählt. Als Beratungsgremien stehen dem Präsidium ein engerer Vorstand und ein Hauptvorstand mit Unternehmensvertretern des Maschinen- und Anlagenbaus zur Seite.^[7]

Das VDMA-Präsidium findet sich [hier](#).

Die VDMA-Hauptgeschäftsführung [hier](#).

Fallbeispiele und Kritik

2020-2022: Lobbyarbeit gegen das Lieferkettengesetz

Der VDMA bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards .

Bereits das erste Eckpunktepapier zum geplanten Gesetz, kritisierte der VDMA als „*nicht handhabbar*“^[8] „*unseriös*“ und „*miserabel gemacht*“.^[9] Das Handelsblatt hatte diese deutlichen öffentlichen Äußerungen als Besonderheit bewertet, denn wie die die Autoren schrieben: „*arbeiten Wirtschaftsverbände [meistens] eher im Verborgenen [und] versuchen, Einfluss auf die Politik zu nehmen, ohne dass die Öffentlichkeit groß Notiz nimmt.*“^[9] Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die Lobbyarbeit von Verbänden gegen das Gesetz Erfolg gezeigt hätten: die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[10] Dennoch bezeichnete der VDMA-Hauptgeschäftsführer Thilo Brodtmann das Gesetz als "politisches Fiasko".^[11]

Der VDMA hatte in der der Debatte um das deutsche Gesetz auch immer wieder darauf verwiesen, dass es einen europäischen Vorstoß, statt eines nationalen Alleingangs bräuchte.^[11] Doch auch beim europäischen Gesetzgebungsprozess hatte der VDMA versucht Einfluss auf die Ausgestaltung des Gesetzes zu nehmen. Hierfür wandte es sich an das industriennahe Regulatory Scrutiny Board (RSB). Das RSB hatte den europäischen Gesetzesvorstoß zwei mal blockiert (über die Funktionsweise und Rolle des RSB beim Lieferkettengesetz siehe [hier](#)). Auf eine parlamentarische Anfrage, wollte das RSB seine Einwände gegen das Gesetz den Abgeordneten nicht offenlegen – berichtete aber über Briefe, die es von Wirtschaftsverbänden erhalten hatte.^[12] In diesem Kontext zeigt ein Bericht der NGO Misereor und dem Global Policy Forum^[13] dass der VDMA, in einem Schreiben vom 15. Dezember 2021 an den RSB, ein für kleine und mittlere Unternehmen „freundliches“ Rahmenwerk forderte und dazu eine Studie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft vom September 2021 beilegte. Die Studie sollte zeigen, „*dass das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz zu weniger diversifizierten Lieferketten und zu einer Schwächung der Menschenrechte in Drittländern führen*“ würde.^[14]

Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehre. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte Karolin Seitz, Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[15]

Dies gilt insbesondere auch für [Lars Feld](#). Der Wirtschaftsweiser und Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) ist zudem Kuratoriumsmitglied der Impuls-Stiftung des VDMA. Die Impuls Stiftung fungiert als Think-Tank für den VDMA. Feld hatte vielfach behauptet, dass ein Lieferkettengesetz „zu einer massiven Belastung“ für Unternehmen führe.^[16] Eine Studie im Auftrag der Europäischen Kommission schätzte die Umsetzungskosten eines Lieferkettengesetzes hingegen auf lediglich 0,005 Prozent der Umsätze großer Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen auf 0,07 Prozent.^[17]

Wissenschaftslobbyismus

Im Jahr 2014 gab die Impulsstiftung des VDMA dem [Walter Eucken Institut](#) ein Forschungsvorhaben zur Rolle des Staates unter den Mitgliedern des VDMA in Auftrag. Die Studie erschien unter dem Namen „Markt versus Staat“ und wurde von [Lars P. Feld](#), der damals sowohl Leiter des Eucken Instituts als auch Kuratoriumsmitglied der Impulsstiftung des VDMA war^[18] mit herausgegeben. Die Studie kommt u.a. zu dem Ergebnis, dass der Staat sich „auf seine Kernaufgaben konzentrieren und unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen setzen“^[19] solle. Feld selbst betonte: „Eine größere Zurückhaltung des Staates ist aus ökonomischer Sicht wünschenswert.“^[20] Der frühere Wirtschaftsweiser geriet für seine Tätigkeiten für Lobbyverbände bereits mehrfach in die Kritik. So war er neben der VDMA-nahen Impulsstiftung auch für den [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die [INSM](#) tätig.^[21]

Geschichte

Seit 1982 vertritt der Verband die Interessen von Unternehmen aus dem Bereich der Maschinen- und Anlagenbauer.

Um Kontakte zur Politik und zu Behörden zu pflegen, gründete der VDMA 1972 ein Verbindungsbüro in Brüssel, 1984 ein weiteres in Tokio. 1992 wurde die *Impuls-Stiftung* des VDMA gegründet, 1998 folgte die Gründung der *VDMA Gesellschaft für Forschung und Innovation mbH* (VFI). Ebenfalls 1998 wurde das neue VDMA-Hauptstadtbüro in Berlin eingeweiht.

Weiterführende Informationen

VDMA-Eintrag auf lobbyfacts.eu: [hier](#)

VDMA-Eintrag im Lobbyregister des deutschen Bundestags: [hier](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wirtschafts- & Gesellschaftspolitik](#) vdma.de, abgerufen am 06.12.2022
2. ↑ ^{2,02,1} [VDMA](#) lobbyfacts.eu abgerufen am 06.12.2022

3. ↑ [Rade folgt beim VDMA auf Morath](#) politik-kommunikation.de vom 06.06.2012, abgerufen am 06.12.2022
4. ↑ [VDMA lobbyregister.org](#) abgerufen am 06.12.2022
5. ↑ [Hauptstadtbüro](#) vdma.org, abgerufen am 06.12.2022
6. ↑ [Maschinenbau in Zahl und Bild 2022](#). VDMA, April 2022, abgerufen am 06.12.2022
7. ↑ Hans-Jürgen Zechlin: [Verbandsmanagement im Strukturwandel – Analysen, Kommentare, Erfahrungen](#). Fossil-Verlag, Köln 2000
8. ↑ [Maschinenbauverband: Regierung sollte Lieferkettengesetz überdenken](#) handelsblatt.com vom 26.08.2020, abgerufen am 06.12.2022
9. ↑ ^{9,09,1} [Maschinenbauer empören sich über Müllers Lieferkettengesetz](#) handelsblatt.com vom 28.09.2020, abgerufen am 06.12.2022
10. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tagesschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 07.11.2022
11. ↑ ^{11,011,1} [VDMA: Lieferkettengesetz ist politisches Fiasko](#) nordic-market.de vom 12.06.2021, abgerufen am 06.12.2022
12. ↑ [MEPs Wolters, Hautala, Aubry and Durand: "The Regulatory Scrutiny Board still has questions to answer on Due Diligence delay"](#) responsiblebusinessconduct.eu vom 21.01.2022, abgerufen am 06.12.2022
13. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Miseroeor, February 2022. S.4 globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
14. ↑ [Wirtschaftspolitische Beitrag Lieferkettengesetz: Auswirkungen auf den Maschinenbau](#) ifw-kiel.de von September 2021, abgerufen am 06.12.2022
15. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
16. ↑ [WIRTSCHAFTSLOBBY: MIT FALSCHMELDUNGEN GEGEN DAS LIEFERKETTENGESETZ](#) lieferkettengesetz.de vom Oktober 2020, abgerufen am 06.12.2022
17. ↑ [Study on due diligence requirements through the supply chain](#) europa.eu vom 20.02.2020 abgerufen am 06.12.2022
18. ↑ [Kuratoriumimpuls-stiftung.de](#), abgerufen am 06.12.2022
19. ↑ [IMPULS. Markt versus Staat](#), S. 3. eucken.de vom Juli 2014, abgerufen am 06.12.2022
20. ↑ [Staatliche Markteingriffe bei Maschinenbauern unerwünscht](#), maschinenmarkt.vogel.de vom 03.09.2014, abgerufen am 06.12.2022
21. ↑ [Lars P. Feld](#) lobbypedia.de abgerufen am 06.12.2022